

# berlin-report

informationen der schleswig-holsteinischen bundestagsabgeordneten

Sept. 2012

## Kein Schnellverfahren bei der rechtlichen Regelung der Beschneidung

Nachdem am Ende meiner ersten Sitzungswoche im Bundestag unter anderem der Rettungsfonds ESM und der so genannte Fiskalvertrag zur Abstimmung standen, ging es in der Sommerpause spannend weiter. So stand auf der Tagesordnung der Bundestagsondersitzung die „Spanienrettung“ sowie die Frage der rechtlichen Regelung von religiös begründeten Beschneidungen. Zu letzterer Frage möchte ich Euch einige Argumente für die weitere Diskussion darlegen:

Der Grundrechtskatalog unseres Grundgesetzes ist der rote Faden für ein funktionierendes Zusammenleben in unserer heterogenen Gesellschaft. Sowohl die Religionsfreiheit als auch die körperliche Unversehrtheit sind Grundrechtsgüter. Wenn sie miteinander kollidieren, sind sie mit dem Ziel eines Kompromisses gegeneinander abzuwägen. Sowohl die heiligen Schriften der Religionen aber auch die religiösen Riten, Gebräuche und Traditionen beinhalten naturgemäß alte Elemente, die im Lichte der Vernunft und den Einsichten der Wissenschaft neu zu verstehen und zu interpretieren sind. Kinder sind nicht das Eigentum der Eltern, der Religionsgemeinschaften oder des Staates. Sie sind Individuen mit vollen Rechten. Die

Gewährleistung des Kindeswohls obliegt den Eltern und in Abwesenheit dieser dem Staat im gesetzlichen Rahmen. Der säkulare Staat hat dabei auch die Aufgabe, die freie Entfaltung und die körperliche Unversehrtheit jedes Einzelnen zu gewährleisten (Art 2, Grundgesetz). Zur Disposition steht, inwieweit die Rituale der Religionsgemeinschaften, die einen Eingriff in die körperliche Unversehrtheit – sogar bei Kleinkindern – darstellen, allein der Entscheidung der Religionsgemeinschaften bzw. der Eltern zu überlassen ist. Es besteht wissenschaftlich wie politisch Einigkeit darüber, dass die Zirkumzision einen irreversiblen und nicht zu bagatellisierenden Eingriff in die Körper von Menschen darstellt. Es ist aber auch soziolo-

gischer Fakt, dass sich viele Eltern in einer Religions- oder Traditionspflicht sehen, diesen Vorgang bei ihrem Kind vornehmen zu lassen.

Ich bin der Auffassung, dass der Deutsche Bundestag einen Kompromiss zwischen beiden Positionen finden muss, der ein „unblutiges“ Religionsbekenntnis fördert. Ein solche gesetzliche Regelung mit einer großen gesellschaftlichen und grundrechtlichen Reichweite darf jedoch nicht in einem Schnellverfahren erfolgen. Dafür müssen gründliche Anhörungsverfahren durchgeführt werden.



Arfst Wagner  
Bündnis 90/Die Grünen

## Grundeinkommen im Bundestag

Eines der Themen, zu denen ich auch als Bundestagsabgeordneter weiter arbeiten werde, ist das Bedingungslose Grundeinkommen. Im September werde ich dazu am 14. Internationalen Grundeinkom-

einkommen“. Wir Grünen in Schleswig-Holstein haben uns mit der Abschaffung der Sanktionen im SGB II bereits auf „unseren“ ersten Schritt geeinigt. Ihr findet alle Infos zum Kongress auf [www.bien2012.de](http://www.bien2012.de). Gerne stehe



14<sup>th</sup> BIEN CONGRESS  
MÜNCHEN 2012

menskongress in Ottobrunn bei München teilnehmen. Gemeinsam mit über 200 WissenschaftlerInnen freue ich mich auf viele interessante Vorträge und Diskussionen rund um das Kongressmotto „Wege zum Grund-


ich Euch in den Orts- und Kreisverbänden für Fragen und Diskussionen zur Verfügung und berichte Euch von meinen Gesprächen und Erkenntnissen des Kongresses.

Wahlkreisbüro Flensburg  
Angelburgerstraße 66, 24937 Flensburg  
Telefon 0461 505 380 13  
Telefax 0461 505 380 14  
[arfst.wagner@wk.bundestag.de](mailto:arfst.wagner@wk.bundestag.de)

Büro Kiel  
Jungmannstr. 50, 24105 Kiel  
Telefon 0431 557 82 62  
Telefax 0431 557 82 24  
[arfst.wagner.ma04@bundestag.de](mailto:arfst.wagner.ma04@bundestag.de)

Büro Husum  
Schückingstraße 8, 25813 Husum  
Telefon 04841 39 33  
[arfst.wagner@wk2.bundestag.de](mailto:arfst.wagner@wk2.bundestag.de)

Berliner Büro  
Platz der Republik 1, 10117 Berlin  
Telefon 030 227-71500  
Telefax 030 227-76063  
[arfst.wagner@bundestag.de](mailto:arfst.wagner@bundestag.de)

 [www.arfst-wagner.de](http://www.arfst-wagner.de)



Fachgespräch zur FFBO in Ratekau

## Gemeinsam gegen die Fehmarnbelt-Querung

Auf zwei grünen Veranstaltungen diskutierten wir mit Experten und Betroffenen die gravierenden Folgen einer festen Fehmarnbelt-Querung für Anwohner, Umwelt, Tourismus und die klammen Kommunalhaushalte. Toni Hofreiter, Vorsitzender des Verkehrsausschusses des Bundestages berichtete von ganz ähnlichen Erfahrungen und Problemen bei zahlreichen weiteren Projekten: „Meist sinkt der prognostizierte Verkehrsbedarf immer weiter, aber die



Dr. Konstantin von Notz,  
Innen- und Netz-  
politischer Sprecher  
Bündnis 90/Die Grünen

versteckten Kosten steigen umso mehr. Und oft sehen die Anwohner vom versprochenen Lärmschutz wenig und Jahre später – wenn überhaupt, ein Anspruch darauf ist sehr unsicher.“ Mit taktisch motivierten neuen Trassen-vorschlägen werde immer wieder versucht, die Anrainer gegeneinander auszuspielen. Umso wichtiger sei es, alle Gegnerinnen und Gegner zusammen zu bringen. Das haben wir im Rahmen unserer Veranstaltungen getan – und waren uns einig, dass es auch weiterhin unser Ziel sein muss, dieses Unsinn durch vereinten Protest vom Hamburger Rand bis Ostholstein zu verhindern.

## Die Verlagsbranche, die GEMA und das Urheberrecht

Der Reformdruck im Urheberrecht zugunsten eines alle Seiten berücksichtigenden, gerechten Ausgleichs im Urheberrecht ist gewaltig. Die Bundesregierung aber betreibt hierbei eine Klientelpolitik zugunsten der Verwertungswirtschaft, unter dem Deckmantel der Urheber- und Künstlerfreundlichkeit. Das zeigt sich gegenwärtig beim Versuch, ein sog. Leistungsschutzrecht zu schaffen. Gegen die nahezu einhellige Expertenmeinung

sollen Suchmaschinen allein dafür zur Kasse gebeten werden, dass sie durch Anzeige von Inhaltsschnipseln im Internet auf Medieninhalte hinweisen. Dabei sind es die Verlage, die in erster Linie von der Auffindbarkeit ihrer Inhalte profitieren. Wir versuchen deshalb, den unsinnigen Gesetzesentwurf zu stoppen, auch um die Ausuferung des ohnehin völlig maßlosen Abmahnwesens zu verhindern. Auch die GEMA-Gebührenreform schlägt hohe Wellen.

## Wechsel im Möllner Wahlkreisbüro

Da Katharina in Mutterschutz gegangen ist und Marc nach erfolgreichem Staatsexamen sein Referendariat beginnt, übernimmt Matteo Schürenberg die Organisation des Möllner Wahlkreisbüros. Matteo, der Euch ab sofort mit Rat und Tat zur Seite steht, ist von Haus aus Politikwissenschaftler und hat bereits ein Praktikum in meinem Berliner Büro absolviert. Weiterhin arbeiten Inga Grunwald, zuständig für die Veranstaltungsorganisation, und Hans Schneider, der seine Ausbildung bei uns erfolgreich beendet hat, im Wahlkreisteam. Marc Ziegelitz wird weiterhin die Berlinfahrten organisieren. Wir freuen uns auf Eure Besuche in unserem – dank eines heftigen Wasserschadens – frisch renovierten Wahlkreisbüro.

Wahlkreisbüro von Notz  
Marktstraße 8, 23879 Mölln  
Telefon 04542 830700  
Telefax 04542 9854886  
Konstantin.notz@wk.bundestag.de

Berliner Büro  
Platz der Republik 1, 10117 Berlin  
Telefon 030 227-72122  
Telefax 030 227-76822  
konstantin.notz@bundestag.de

[www.von-notz.de](http://www.von-notz.de)



# Was wird aus den Bahnhofsgebäuden?

Die Deutsche Bahn will Bahnhöfe in Schleswig-Holstein verkaufen. Jetzt geht es um neue Ideen für die Gebäude – denn sonst könnte ein Immobilien-Fonds zuschlagen. von Valerie Wilms

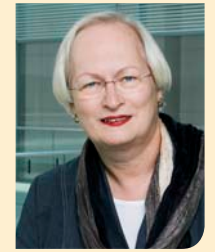


Valerie und Landesvorsitzende Ruth Kastner.  
Bild: Heinrich F. Kut

Früher Visitenkarte einer Stadt, heute oft Schandfleck: Die Bedeutung von Bahnhöfen hat sich ziemlich verändert. Die Eigentümerin Deutsche Bahn will sich von vielen Gebäuden lieber heute als morgen trennen. In Schleswig-Holstein stehen DB-Bahnhofsgebäude zum Verkauf und für die Kommunen geht es darum, möglichst etwas Sinnvolles daraus zu machen. Die Absicht der Deutschen Bahn ist nachvollziehbar. Ein Unternehmen, das betriebswirtschaftlich handeln soll, muss sich von nicht rentablen Betriebsteilen trennen können und nicht mehr benötigte Immobilien verkaufen dürfen, denn viele Bahnhofsgebäude werden heute nicht mehr für den Bahnbetrieb benötigt: Oft sind sie über hundert Jahre alt und wurden mit mehreren Wartehallen und Wohnungen für die Bahnangestellten geplant, als noch fast alles

auf der Schiene transportiert wurde. Das ist heute anders – und deswegen brauchen wir neue Ideen für die Gebäude. Ich habe mir im Sommer einige der Bahnhöfe angesehen und viele Gespräche geführt. Eines ist klar: Den einen goldenen Weg gibt es nicht. Jede Kommune hat unterschiedliche Interessen und Möglichkeiten. Während so zum Beispiel die Stadt Eutin zukunftsweisend investiert, seinen Bahnhof kauft und eine zentrale Touristen-Information einrichten will, sieht es in St. Michaelisdonn völlig anders aus. Hier ist es schwierig, den Neubau in ein städtebauliches Konzept einzugliedern. Die DB scheint diese unterschiedlichen Voraussetzungen auch endlich verstanden zu haben und will zunächst auf Kommunen und Interessenten vor Ort zugehen, statt die Immobilien als Paket und ohne weitere Auflagen an einen Fonds zu ver-

schleudern, wie das schon einmal geschehen ist. Die Folge damals: Filetstücke wurden gewinnbringend weiter verkauft, während ein großer Teil der meist zentral gelegenen Gebäude zunehmend verfiel und kein Cent in den Erhalt gesteckt wurde. Lösungen sollten jetzt die weitere öffentliche Nutzung ermöglichen. Es gibt Beispiele, bei denen Bahnhofsgebäude weiterhin eine Wartehalle haben, wo es Verkaufsstellen und Toiletten gibt und ein lebendiger Ort erhalten geblieben ist, auch wenn das Ganze nicht mehr der DB gehört. Das Wichtigste ist deswegen jetzt, die Aufmerksamkeit auf die Potentiale der Gebäude zu lenken – und allen klar zu machen, was passiert, wenn kein Käufer vor Ort gefunden wird. Denn die Bahn wird auf jeden Fall verkaufen. Wenn es vor Ort kein Interesse gibt, wird am Ende ein anonymen Fonds den Zuschlag bekommen. Dann verliert die Kommunalpolitik an Einfluss und hat möglicherweise das Problem, sich mit einem Immobilienfonds in London statt mit der Deutschen Bahn in Hamburg oder Kiel verständigen zu müssen.



Dr. Valerie Wilms  
Sprecherin für Bahnpolitik,  
Nachhaltigkeitsbeauftragte  
und Berichterstatterin für  
Maritime Politik  
Bündnis 90/Die Grünen




Bild: Heinrich F. Kut



QR-Code für mehr  
Informationen bitte scannen

Wahlkreisbüro Wilms  
Damm 48, 25421 Pinneberg  
Telefon 04101 553985  
Telefax 04101 553986  
valerie.wilms@wk.bundestag.de

Berliner Büro  
Platz der Republik 1, 10117 Berlin  
Telefon 030 227-71682  
Telefax 030 227-76289  
valerie.wilms@bundestag.de

 [www.valerie-wilms.de](http://www.valerie-wilms.de)